

## Leitartikel

# Gefährliche Nahost-Sackgasse

Von Fridolin M. Rüb

Die Geschichte wiederholt sich nicht, lautet ein gängiges Diktum. Der britische Historiker Arnold J. Toynbee indes weist darauf hin, dass es „patterns“ gibt, Muster quasi, die wegen ihrer Vergleichbarkeit eine Deutung hinsichtlich künftiger Entwicklungen zulassen. Wenn dem so sein sollte, dann sind die jüngsten Ereignisse im Krisenherd Nahost nicht dazu angetan, großartige Friedenshoffnungen zu hegen. Vielmehr steht zu befürchten, dass die Zeichen bald wieder auf Sturm stehen könnten.

Denn selbst unverbesserliche Optimisten können nicht bestreiten, dass die Bemühungen um eine auch nur halbwegs zufriedenstellende Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts tiefer denn je in einer Sackgasse stecken. Seit dem blutigen Gaza-Krieg sind die zuvor schon ergebnislosen Gespräche zwischen Israel und den gemäßigten Palästinensern vollends versandet. Israel hat zwar seit den Parlamentswahlen vom 10. Februar eine neue Regierung, die sich formal auf 66 der 120 Abgeordneten der Knesset stützen kann, doch ob sie halten wird, darf bezweifelt werden. Denn sechs der 13 Abgeordneten der linken Arbeiterpartei (Avoda) gelten als strikte Gegner einer Beteiligung ihrer Partei an der Rechts-Koalition des Likud-Chefs und neuen Premiers Benjamin Netanjahu. Die Avoda-Dissidenten werfen ihrem Chef Ehud Barak, der offenbar um jeden Preis Verteidigungsminister bleiben wollte, Wortbruch vor. Barak hatte nämlich nach der Wahlniederlage feierlich versprochen, keinesfalls mit dem rechten Likud zu koalieren, sondern in die Opposition zu gehen.

Die Zusammensetzung der neuen israelischen Koalition lässt jedenfalls nichts Gutes erwarten: Der erzkonservative Likud führt ein Bündnis an, dem die ultranationalistische Partei „Israel Beitanu“ (Unser Haus Israel) des notorischen Araber-Hasers Avigdor Lieberman, die religiös-orthodoxe Schas-Partei und die Avoda angehören. Netanjahu umwirbt zudem die religiöse Partei der Thora-Weisen, da er offenbar – und das nicht grundlos – an der Zuverlässigkeit der Arbeiterpartei zweifelt. Die treuherzige Versicherung in der Koalitionsvereinbarung, alle mit den Palästinensern geschlossenen Abkommen würden eingehalten und der „Friedensprozess“ fortgesetzt werden, ist das Papier nicht wert, auf dem sie fixiert wurde.

Denn ein Außenminister Lieberman wird sich – so steht zu befürchten – nicht daran halten. Sollte dieses Gespann Netanjahu-Lieberman – und sei es nur in Teilen – auf den Positionen beharren, die beide im Wahlkampf proklamiert hatten, dann wird dies die Gefahr einer außenpolitischen Isolierung Israels beträchtlich erhöhen. Vor allem der einstige Türsteher Lieberman, der in jungen Jahren aus der damaligen Sowjetunion nach Israel eingewandert ist, stößt wegen seines chauvinistischen Polter-Vokabulars weltweit auf tiefes Misstrauen. Der US-Publizist Martin Peretz, Herausgeber der liberalen Zeitschrift „The New Republic“ und ein Freund von Netanjahu, nannte Lieberman einen „jüdischen Neofaschisten“.

Politische Isolierung droht Israel zudem durch die von Netanjahu und Lieberman beabsichtigte Fortsetzung des Siedlungsausbau in von Israel besetzten Westjordanien. Diese Expansion untergräbt die – ohnehin nicht mehr sehr große – Glaubwürdigkeit des israelischen Willens zur Verständigung mit den Palästinensern weiter. Denn die brachiale Siedlungspolitik verstößt gegen feierliche Versprechungen, die die Vorgängerregierung Olmert unter anderem bei der Konferenz in Annapolis gegeben hatte. Und diese Siedlungs-

politik zementiert zugleich die israelische Besatzung auf jenem Land, auf dem eigentlich gemäß von noch immer gültigen Friedensplänen (Oslo, Camp David) einmal ein eigener palästinensischer Staat entstehen soll. Erobertes Gebiet zu annektieren, widerspricht Buchstaben und Geist der Charta der Vereinten Nationen, jener

Institution also, deren Votum Israel seine staatliche Existenz verdankt.

Südafrika wurde einst wegen seiner Homeland-Politik weltweit geächtet. Die unzusammenhängenden Autonomie-Einsprengsel, die Israel den Palästinensern bislang zusteht, unterscheiden sich realiter in nichts vom damaligen südafrikanischen Original. Und dabei tut Israel auch noch so, als sei die Rückgabe arabisch besiedelten Gebiets an die palästinensische Autonomiebehörde ein Gnadentat. Auch der rabiate Umgang mit den Palästinensern, die mutwilligen Enteignungen und die Zerstörung von Häusern, erinnert bisweilen an das Apartheid-Regime.

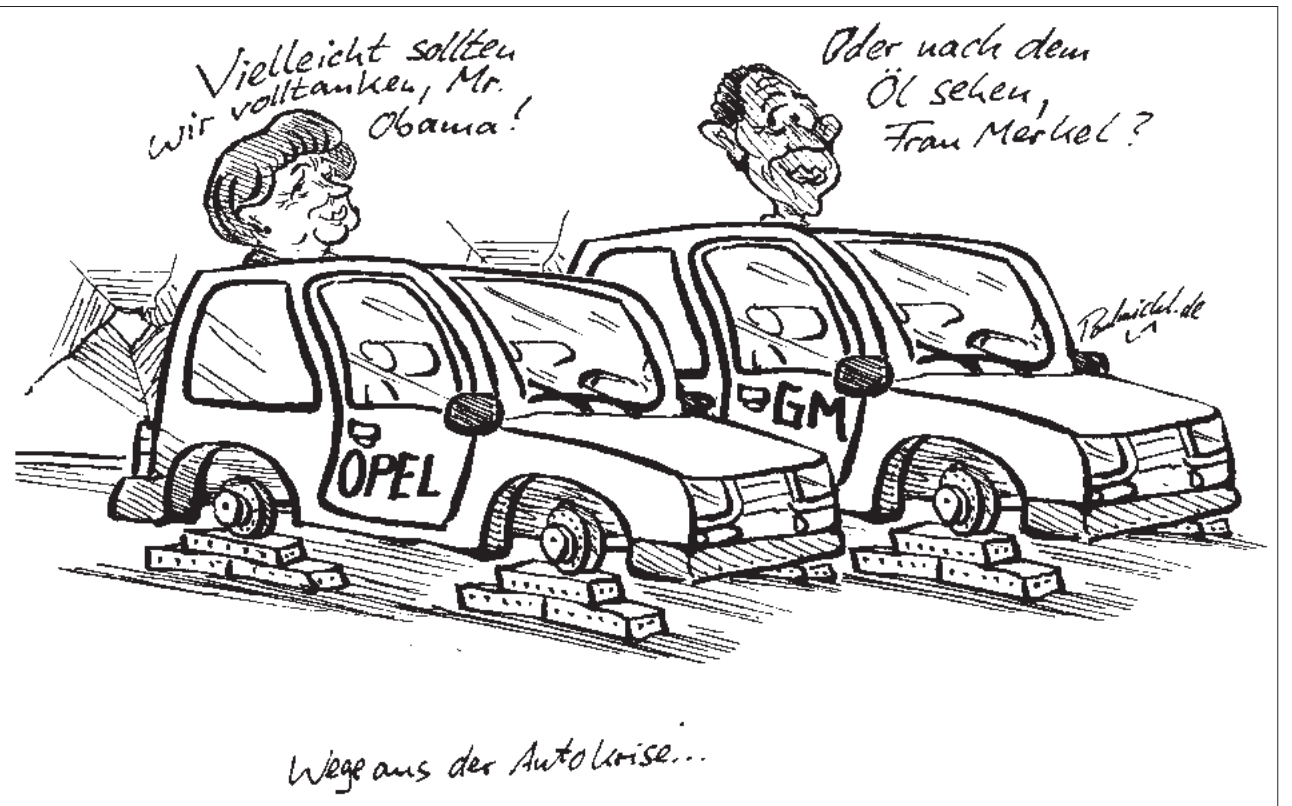
Des Weiteren beschädigt der fortgesetzte Siedlungsausbau auf fatale Weise nachhaltig die Autorität der gemäßigten Palästinenser unter Führung von Präsident Mahmud Abbas, der weiterhin zu einer Verhandlungslösung mit Israel bereit ist. Israels kolonialistische Politik in Westjordanien ist de facto letztlich ähnlich destruktiv wie die ständigen Raketenangriffe der Hamas-Islamisten aus dem Gaza-Streifen.

Die Einzigsten, die offenbar zufrieden sind mit dieser Entwicklung der Dinge in Israel, sind die fanatischen Terroristen der Hamas, der Hisbollah und der anderen radikal-islamischen Gruppen. Denn nun, da die Israelis ihr wahres Gesicht zeigen, können die arabischen Massen sehen, dass PLO-Chef Abbas und seine Gefolgsleute mit ihrer versöhnlichen Politik zu Verrätern an der palästinensischen Sache wurden, als sie den Zionisten trauten.

Die Palästinenser wiederum sind trotz diverser Bemühungen arabischer Staatschefs zur Versöhnung zwischen der Hamas und der Fatah von Präsident Abbas weiterhin abgrundtief zerstritten. Zusätzlich verschlimmert hat sich die Lage nach dem israelischen Abzug aus Gaza. Damit wurden die Palästinenser ihren Dämonen überlassen. In einem blutigen Bürgerkrieg vertrieben die Hamas-Extremisten die Fatah-Kämpfer von PLO-Chef Abbas. Der hoffnungslos überfüllte, unter der Hamas-Tyrannie leidende Gaza-Streifen gilt nach den jüngsten Verheerungen durch Israels Armee mehr denn je als „Chaos-Land“.

Und die Administration Barack Obamas in Washington, von der man sich mancherorts, vornehmlich in Europa, neue Anstöße zur Entspannung der verfahrenen Lage erhofft hatte, hat bislang noch nicht erkennen lassen, ob und wie sie solche Erwartungen zu erfüllen gedenkt. Vorrangiges Ziel einer US-Initiative für den Nahen Osten müsste es sein, eine faire Lösung in der israelisch-palästinensischen Frage anzustreben. Doch diese Herkules-Aufgabe kann nur ein ehrlicher Makler bewältigen. Um diese Rolle glaubwürdig ausfüllen zu können, müsste die US-Regierung aber ihre Politik einer gründlichen Revision unterziehen. Dies gilt auch und vor allem mit Blick auf die bisherige Nachsicht Washingtons selbst bei gravierenden Verstößen Israels gegen getroffene Vereinbarungen. Davon ist jedoch bislang nichts zu merken.

Der Historiker Walter Laqueur, der die Gründerjahre des israelischen Staates als junger Flüchtling aus Deutschland selbst miterlebt hatte, schreibt in einem Essay zum Palästina-Konflikt pessimistisch, die „Fortführung eines Friedensprozesses entlang der vertrauten Linien“ sei gegenwärtig vermutlich eine Zeitverschwendung.



Wege aus der Autolaise...

## Ein Jäger aus „Leidenschaft“

Schaeffler-Vertrauter Koerfer neuer Conti-Aufsichtsratschef

Hinter den Kulissen zieht er schon lange die Fäden bei Conti. Nun tritt Rolf Koerfer ins Rampenlicht: Der 51 Jahre alte Berater des Großaktionärs Schaeffler ist neuer Aufsichtsratschef von Continental – später als geplant. Koerfer sollte eigentlich bereits vor drei Wochen gewählt werden. Ein Gericht hatte seine Bestellung ins Kontrollgremium zunächst gestoppt, weil Koerfer ein Interessenkonflikt vorgeworfen worden war, dann aber doch den Weg frei gemacht.

Koerfer hat bei der Übernahme des viel größeren Continental-Konzerns durch das Familienunternehmen Schaeffler eine wichtige Rolle gespielt. Er gilt als einer der führenden Anwälte in Deutschland für Fusionen und Übernahmen und ist langjähriger Berater von Schaeffler.

Auf den neuen Conti-Aufsichtsratschef warten angesichts der dramatischen Krise in der Autoindustrie und dem Gezerre zwischen Conti und Schaeffler schwierige Aufgaben. Mit Spannung wird die Contihauptversammlung am 23. April erwartet, die Koerfer nun leitet. Auch weil er dafür als gewappnet gilt, habe ihn Firmeneigentümerin Maria-Elisabeth Schaeffler als Aufsichtsratschef vorgeschlagen, heißt es.

Die Zukunft des gesamten Continental-Konzerns ist derzeit ungewiss. Großaktionär Schaeffler ist wegen der auf Pump finanzierten Conti-Übernahme hoch verschuldet, hat einen Milliarden-Kapitalbedarf und bittet um Staatshilfen. Auch Conti ist bekanntlich wegen der Übernahme der früheren Siemens-Tochter VDO extrem hoch verschuldet. Schaeffler und Conti sprechen über eine Zusammenlegung der Automobil-Sparten, die Conti-Reifen-



Rolf Koerfer

sparte soll ausgegliedert werden.

Koerfer ist Partner einer Rechtsanwaltskanzlei mit Sitz in Düsseldorf. Er berät nach Firmenangaben etwa Versicherungsunternehmen und andere Finanzinstitutionen, Familienunternehmen und Investmentbanken bei nationalen und grenzüberschreitenden Fusionen und Übernahmen. Koerfer war Aufsichtsratsvorsitzender der FAG Kugelfischer AG, die mittlerweile zu Schaeffler gehört. Für die Bundesrechtsanwaltskammer fungiert er als Sachverständiger bei Anhörungen vor dem Rechtsausschuss.

Koerfer wurde am 26. September 1957 in Köln geboren und studierte Jura. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Koerfer ist ein leidenschaftlicher Jäger. –dpa–

## Presseschau

„Kölner Stadt-Anzeiger“ zu US-Präsident: Die neue Afghanistan-Strategie von US-Präsident Barack Obama will das Scheitern des Westens am Hindukusch unbedingt vermeiden und die Fehler der Vergangenheit ausbügeln. Präsident Karzai ist zu schwach, das Aufblühen von Korruption und den Opium-Anbau zu unterbinden – die Klan-Struktur muss jede Zentralregierung scheitern lassen. Ein militärischer Erfolg gegen die Taliban bleibt ungewiss, in der langen Geschichte des Landes haben sich einige Großmächte blutige Niederlagen eingehandelt. Obama hat aber richtig erkannt, dass die Unterstützung durch die afghanische Bevölkerung ein Schlüssel zum Erfolg sein wird und will deswegen mehr Ressourcen für Ausbildung und Wiederaufbau bereitstellen. Schulen oder eine funktionierende Justiz sind in der Region genauso wichtig wie militärische Entschlossenheit.

\*\*\*\*\*

„Rhein-Neckar-Zeitung“ zur Bahn: Es ist unbestritten, dass Hartmut Mehdorn sich als Bahnchef große Verdienste erworben hat. Politisch genoss Mehdorn mit seinem marktwirtschaftlich orientierten Kurs stets Rückendeckung aus dem Kanzleramt. Mehdorn hätte aber schon vor Wochen gehen müssen. Sein mangelndes Schuldbewusstsein und die Zwischenergebnisse der Sonderermittler lassen nur einen Schluss zu: Die Bahn benahm sich gegenüber ihren Angestellten wie eine Feudalherrin, die Rechte allein für sich beansprucht. Nur weil die Union den Posten des Bahnchefs nach Mehdorn gerne mit einem der ihren besetzen will und weil sie hofft, nach der Wahl ohne die SPD diesen Manager bestimmen zu können, nur deshalb ist Mehdorn noch im Amt.

## Kardinal Meisner heizt Konflikt neu an Bundeskanzlerin soll sich beim Papst entschuldigen – Merkel lehnt strikt ab

Berlin/Köln. (dpa) Der Kölner Erzbischof Kardinal Joachim Meisner hat den Konflikt um die Papst-Kritik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) neu angeheizt. Das als konservativ geltende Kirchenoberhaupt forderte die Kanzlerin auf, sich bei Papst Benedikt XVI. für die Entschuldigen. „Ich kann nur sagen: Zeigen Sie Größe und entschuldigen Sie sich, Frau Bundeskanzlerin“, sagte Meisner. Zu der von Merkel Anfang Februar geforderten Klarstellung bemerkte der Erzbischof: „Ich finde, dass eine der größten Fehlleistungen die öffentliche Papstschelte war.“ Der Ton sei „völlig unangemessen“ gewesen.

Merkel hatte damals auf die umstrittene Entscheidung Benedikts mit den Worten reagiert: „Es geht darum, dass vonseiten des Papstes und des Vatikans sehr eindeutig klargestellt wird, dass es hier keine

Leugnung geben kann.“ Dies sei aus ihrer Sicht „noch nicht ausreichend erfolgt“. Merkel sprach von einer „Grundsatzfrage“. Die Rücknahme der Exkommunikation von vier erzkonservativen Piusbrüdern – darunter Williamson – hatte weltweite Proteste ausgelöst. Der Vatikan räumte Fehler ein und bemühte sich um eine Entschärfung der Krise.

Merkel sah trotz der Forderung Meisners keine Notwendigkeit für eine Entschuldigung. Die Kanzlerin habe sich in den vergangenen Wochen mehrfach in Interviews zu dem Thema geäußert, sagte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm. „Und es ist mit diesen Äußerungen der Bundeskanzlerin alles das gesagt, was dazu zu sagen war.“

Die orthodoxen Rabbiner in Deutschland nahmen Merkel in Schutz. „Es gibt keinen Grund, dass sich die Kanzlerin für irgendetwas

zu entschuldigen hätte“, sagte der Düsseldorfer Rabbiner Julian Chaim Soussan. „Im Gegenteil: Die Bundesrepublik sollte stolz auf eine Kanzlerin sein, die mutig und sensibel mit dem Thema des Holocausts umgegangen ist.“

Unterstützung erhielt Merkel auch von Grünen und FDP. Grünen-Chefin Claudia Roth erklärte, Merkel „ausgerechnet dort anzugreifen, wo sie einmal recht hatte, nämlich bei ihrer Kritik an einem Papst, der Holocaust-Leugner in der katholischen Kirche wieder salonfähig machen will, zeugt von politischer Blindheit“. Der Kirchenbeauftragte der FDP-Fraktion, Hans-Michael Goldmann, wertete die Aussagen Meisners als Versuch, wieder neuen Unfrieden zu stiften. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Norbert Geis begrüßte hingegen die Forderung nach einer Entschuldigung.